

Protokolleintrag vom 14.09.2011

2011/331

Erklärung der SVP-Fraktion vom 14.09.2011:

Unbewilligte Demonstration vom 10.09.2011, polizeiliche Intervention

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Schockierende Vorkommnisse letzten Samstag am Zürcher Bellevue

Die SVP ist geschockt über die Szenen, welche sich in der Nacht von Samstag auf Sonntag 10. / 11. September 2011 in der Umgebung des Bellevues abspielten. Einmal mehr artete eine illegale Ansammlung, diesmal von ca. 1000 Personen aus. Heftige Strassenschlachten mit verletzten Polizisten und einem Sachschaden von über 100'000 Franken meist an privatem Eigentum waren die Folgen. Zu verurteilen ist zudem, dass Einsatzkräfte der Feuerwehr und der Sanität bei ihrer Arbeit massiv behindert wurden. Feuerwehrleute wurden zum Beispiel durch Vermummte mit gefährlichen Gegenständen wie Steinen, etc... beworfen.

Wer wie die SP die Polizeikräfte kritisiert, sie hätten nicht eingreifen dürfen und diese Menschen einfach machen lassen, verkennt jegliche Realität. Illegale Besammlungen und Demonstrationen der Vergangenheit, so zum Beispiel auch eine angeblich friedliche Nachdemonstration im Anschluss an die durch den Souverän beschlossene Ausschaffungsinitiative zeigt klar ein anderes Bild: Jedes Mal wurde aus der Menge massiv randaliert, jedes Mal waren die Sachschäden weit über 100'000 Franken. Die Zeit des Zusehens, des Abwarten und des Duldens sind endgültig vorbei. Es gilt das Null-Toleranz-Prinzip von Anfang an anzuwenden und durchzusetzen. Alles andere wird seitens der Randalierer schamlos ausgenutzt! Die Polizei muss frühzeitig eingreifen, die Täterschaft deanonymisieren und wenn immer möglich verhaften. Sollten hierfür zusätzliche Aufwendungen für Material oder personelle Unterstützung benötigt werden, ist die SVP bereit, Hand zu bieten.

Dass jedermann glaubt, man könne einfach nach Zürich kommen und hier in der Anonymität der Menge "die Sau rauslassen" ist fatal und dem gilt es mit jedem Mittel entgegenzuwirken. Hierbei trägt eine Mehrheit des eidgenössischen Parlamentes eine Mitverantwortung, in dem für Delikte wie sie am Samstagabend verübt wurden, seitens der Gerichte faktisch nur Geldstrafen verhängt werden können. Die SVP fordert diejenigen Verantwortlichen, die die Realität immer noch nicht kennen, auf, endlich ihre Augen zu öffnen und dies zu ändern, so dass auch bei solchen Straftaten Gefängnisaufenthalte verordnet werden können. Gerade bei minderjährigen Tätern wäre zu prüfen - dies auch als Abschreckung für Nachahmer - wie diese zu gemeinnütziger Arbeit, zum Beispiel Reinigung von Trottoir oder Parkanlagen in der Stadt Zürich aufgebeten und eingesetzt werden können.